

„Wir wollen hier weg! Europa muss helfen!“ Die Forderungen auf den Pappschildern der Flüchtlinge und MigrantInnen an der tunesisch-libyschen Grenze sind eindeutig – und zwingend: 5.000 Menschen warten seit Wochen und Monaten unter unerträglichen Bedingungen in dem Lager des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) in Choucha.



Sie alle konnten dem eskalierenden Bürgerkrieg in Libyen entkommen. Viele waren dort als ArbeitsmigrantInnen beschäftigt, andere hatten Zuflucht vor den Kriegs- und Krisenzonen im subsaharischen Afrika gesucht. Überlebende von gekenterten Flüchtlingsbooten begegnen in Choucha denjenigen, die sich aus Verzweiflung und allen Gefahren zum Trotz wieder Richtung libyscher Grenze auf den Weg machen, um die gefährliche Überfahrt nach Europa zu wagen.

Fluchtwege öffnen, Flüchtlinge aufnehmen!

Der Choucha-Appell

Als vier Flüchtlinge aus Eritrea am 21.5.2011 bei einem Feuer in der improvisierten Zeltstadt starben, kam es zu spontanen Protesten und Straßenblockaden. Das tunesische Militär reagierte mit Tränengas, Anwohner überfielen das Lager. Mindestens zwei Flüchtlinge wurden erschlagen, viele trugen schwere Verletzungen davon.

Die Flüchtlinge in Choucha hofften und hoffen auf Hilfe und Unterstützung durch den UNHCR, der in den letzten Wochen u.a. die europäischen Staaten mehrfach um die Aufnahme von zumindest 6.000 Flüchtlingen aus Libyen gebeten hatte. Vergeblich. Vielmehr wird die europäische Grenzschutzagentur Frontex verstärkt in Stellung gebracht und die neuen demokratischen Regierungen in Nordafrika werden mit Geldangeboten gelockt, damit sie auch in Zukunft die Wachhunde vor Europas Grenzen bleiben.

Die Situation in Choucha muss im Kontext der Vorverlagerung des europäischen Grenzregimes nach Nordafrika gesehen werden. In der Abwehr von Flüchtlingen und MigrantInnen haben die europäischen Staaten jahrelang schamlos mit den Despoten des Maghreb zusammengearbeitet, insbesondere mit Ben Ali in Tunesien und Gaddafi in Libyen. Nun wird zwar der demokratische Wandel begrüßt, aber all jenen die Hilfe verweigert, die in den tunesischen Flüchtlingslagern strandeten und für die es kein Zurück mehr gibt.



Die Stimmen von Choucha stehen für das verzweifelte Aufbegehren gegen eine Politik der flagranten Menschenrechtsverletzungen, wie sie sich tagtäglich an vielen Brennpunkten der europäischen Außengrenzen abspielen. Ein Bruch mit dieser Politik ist notwendig, um das Sterben auf See und in der Wüste zu beenden. Die Demokratiebewegungen in Nordafrika bieten die Chance für einen Neuanfang. Statt tödlicher Ausgrenzung und grotesker Bedrohungsszenarien muss Offenheit und Solidarität die Zukunft des mediterranen Raumes prägen. Es braucht Brücken statt Mauern für ein neues afrikanisch-europäisches Verhältnis, damit Europa ein Raum wirklicher Freiheit, allgemeiner Sicherheit und der gleichen Rechte für Alle wird.

Die Aufnahme von Flüchtlingen aus Choucha in Europa würde in diesem Sinne ein erstes, nicht nur symbolisches Zeichen setzen. Wir fordern daher die politisch Verantwortlichen auf europäischer Ebene, in Bund, Länder und Gemeinden auf,

- Soforthilfmaßnahmen zur Flüchtlingsaufnahme zu ergreifen und die Flüchtlinge aus Choucha und den anderen vorübergehenden Flüchtlingslagern in Europa aufzunehmen.
- Humanitäre Unterstützung jener Subsahara-MigrantInnen zu leisten, welche bereits aus Libyen bzw. Tunesien ausgeflogen wurden. Z.B. sind allein in Mali seit Beginn des Libyen-Krieges über 10.000 Flüchtlinge angekommen.
- Die bisherige Abschottungspolitik an den Außengrenzen zugunsten einer humanen und freizügigen Asyl- und Einwanderungspolitik aufzugeben, die im Einklang mit den Rechten von Flüchtlingen und MigrantInnen steht.
- Die demokratischen Aufbrüche in Nordafrika ernsthaft zu unterstützen und sie als eine Chance zu einer veränderten Nachbarschaftspolitik zu begreifen.

Unterzeichner (Stand 31. Mai 2011):

Pro Asyl, medico international, Borderline Europe, Afrique-Europe-Interact, Welcome to Europe

Den Choucha-Appell hier unterzeichnen:

<http://www.medico.de/themen/menschenrechte/migration/dokumente/choucha-appell/4021/>

Wir fordern:

Grenzen auf! Flüchtlinge aufnehmen! Frontex abschaffen!

Das Kölner Netzwerk **kein mensch ist illegal** mischt sich ein, denn Menschen ohne Papiere brauchen unsere besondere Solidarität:

Wir sind ansprechbar und informieren (in einer offenen Sprechstunde).

Wir suchen und vermitteln praktische Hilfe (durch Vernetzung mit anderen Stellen).

Wir durchbrechen eine Wand des Schweigens und stellen Öffentlichkeit her (durch Aktionen und Pressearbeit)



Kölner Netzwerk »kein mensch ist illegal«
Sprechstunde jeden Dienstag, 19.30 Uhr
Treffen jeden zweiten Dienstag, 19.30 Uhr
Allerweltshaus, Körnerstr. 77 – 79, Ehrenfeld
www.kmii-koeln.de / kmii-koeln@gmx.net
Tel. 0221 – 17 07 07 94

Spendenkonto:
Netzwerk Asyl in der Kirche in NRW e.V.
Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto-Nr.: 261 20 18
Verwendungszweck: »KMII« (wichtig!)